

QUARTALSBERICHT

Projektland: Bolivien

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Movimiento al Socialismo (MAS) in der Krise**
2. **Protestmärsche der Indigenen**
3. **Parlamentskommission soll NGOs untersuchen**
4. **Ex-Antidrogenbeauftragter in Miami verurteilt**
5. **Richterwahlen**
6. **Investitionen in Lithium**

MAS IN DER KRISE

Der sogenannte “Wandlungsprozess” in Bolivien ist in letzter Zeit immer heftigeren Kritiken ausgesetzt. Die Vorwürfe reichen von Ideologieabweichung, bis hin zu Korruption und erheblicher Ineffizienz in der öffentlichen Verwaltung. Sofern das Projekt nicht wieder zu seinem Ursprung geleitet wird, könnte es scheitern. Die Kritiken werden von Tag zu Tag lauter. Mittlerweile haben sich wichtige soziale und ideologische Sektoren der MAS (Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus) den Protesten angeschlossen und öffentlich Präsident Evo Morales kritisiert. Die Regierung von Evo Morales hat es nicht geschafft die anfängliche Hoffnung und Freude der Bevölkerung über den Wandlungsprozess aufrecht zu erhalten. Die MAS wiederholte die Fehler der vorgehenden politischen Parteien und konnte ebenso wenig die Korruption und Ineffizienz im Land eindämmen. Gleichzeitig steigt das Misstrauen in der Bevölkerung über die wahren Absichten der MAS. Die Regierung streitet jegliches Fehlverhalten und Missmanagement ihrerseits ab und ignoriert die Tatsache, dass die Interessen

einiger privilegierter Teile der Sozialbewegungen nicht mit den Interessen des Staates vereinbar sind.

PROTESTMÄRSCH E DER INDIGENEN

Die Protestmärsche der indigenen Bevölkerung aus den Territorien des Tieflands (Territorio Indígena de pueblos y naciones del Isibore Secure - TIPNIS) sind zu einem nationalen und internationalen Thema geworden. Der Protest richtet sich gegen die Entscheidung der Regierung, eine Schnellstraße durch das Kerngebiet der Indigenen und deren Nationalpark zu bauen. Laut Verfassung muss die Regierung vor einer Entscheidung über ein derartiges Bauprojekt die Indigenen der betroffenen Region konsultieren. Diese wurden in diesem Fall jedoch nicht mit einbezogen, was einen klaren Verstoß gegen die grundlegende Doktrin der Regierung darstellt, welche die Bewahrung der Mutter Erde sowie den Respekt gegenüber den Indigenen vorsieht. Die pragmatische Verhaltensweise der Regierung lässt Zweifel an den ideologischen Grundsätzen ihrer Politik aufkommen, da es scheint, als würden die Interessen der Kokabauern und Siedler denen der Indigenen bevorzugt. Es ist anzunehmen, dass sich dieses Szenario für die Regierung bei den kommenden Richterwahlen am 16. Oktober negativ auswirken wird. Inzwischen ist der Protestbewegung, nach 65 Tagen Marsch, in La Paz angekommen. Mehrere tausend Unterstützer empfingen die Indigenen bei ihrer Ankunft in der Hauptstadt frenetisch.

Näheres zu diesem Thema im politischen Sonderbericht:
http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/111007_Boliven_SB.pdf

PARLAMENTS KOMMISSION SOLL NGOS UNTERSUCHEN

Aufgrund der Anzeigen der Regierung gegen die Finanzierungsmodalitäten diverser Umwelt- und "Indigenen-NROs" (Nichtregierungsorganisationen) welche die Protestmärsche für den TIPNIS unterstützen, ließ die Plurinationale Versammlung Boliviens eine Untersuchungskommission einrichten. Diese soll nun herausfinden, ob die Organisationen ihre Mittel korrekt und im Einklang mit ihren jeweiligen Statuten eingesetzt haben.

EX ANTIDROGENBEAUFTRAGTER IN MIAMI VERURTEILT

Der ehemalige Direktor der Antidrogen-Spezialeinheit (Fuerza Especial de Lucha Contra el Narcotráfico /FELCN) und Direktor des Geheimdienstes, General René Sanabria, welcher mit 60 Kilo Kokain in Panama festgenommen worden war, wurde in Miami zu 15 Jahren Haft verurteilt. Der Rang des Generals und seine

möglichen Verhandlungen mit der amerikanischen Staatsanwaltschaft lösten Unbehagen in der Regierung von Evo Morales aus, da viel über mögliche Kontakte des Generals zu nationalen Autoritäten spekuliert wurde. Bei der Urteilsverkündung wurden jedoch keine weiteren Anschuldigungen gegen andere nationale Autoritäten laut, bzw. wurden diese, sofern sie existieren, nicht veröffentlicht.

RICHTERWAHLEN

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes stehen die landesweiten Richterwahlen an. Am 16. Oktober wurde das bolivianische Volk zu den Urnen gebeten. Die Befürchtungen der Bevölkerung haben sich bewahrheitet, der Großteil der Kandidaten ist nicht oder nur unzureichend für das Richteramt befähigt. In unabhängigen Medien wird berichtet, dass die Kandidaten bisher nicht genügend Wissen und Erfahrung vorweisen konnten, um derart wichtige Ämter zu bekleiden. Die Plurinationale Wählerkammer hatte es nicht geschafft die Öffentlichkeit ausreichend über die Kandidaten zu informieren, mit der Folge, dass die große Mehrheit der Bolivianer nicht wusste, wem sie ihre Stimme geben sollte. So erscheint auch das Wahlergebnis nach vorläufigen Hochrechnungen nicht verwunderlich. 47% der Wähler machten ihre Stimme aus Protest ungültig, 15% füllten ihren Wahlzettel gar nicht aus und nur 38% gaben eine gültige Stimme ab. Gleich nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse entbrannte im gesamten Land eine Diskussion über die Legitimität des Wahlergebnisses.

INVESTITIONEN IN LITHIUM

Der Verbund der Minenarbeiter Boliviens (Comibol) wird in den nächsten Monaten das von der bolivianischen Zentralbank erhaltene Darlehen in Höhe von 9,5 Millionen US Dollar in den Bau einer Starkstromleitung in der Region Uyuni, in der sich der größte Salzsee mit riesigen Lithiumvorkommen befindet, investieren. Bolivien beginnt hier zusammen mit Südkorea den Bau von Batteriefabriken. Die erste Phase des Projekts sollte Ende des Jahres starten und anfangs nur eine Menge von 40 Tonnen Lithium-Karbonat und 1000 Tonnen Kaliumchlorat produzieren. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 17 Millionen US Dollar. Die Überschwemmung des Salzsees verzögerte das Projekt um ca. sechs Monate, so dass die Förderung nun erst für 2012 geplant ist. Am 12. Mai bewilligte die bolivianische Zentralbank einen Kredit von 118 Millionen US Dollar, um die erste Phase der Förderung und die erste Pilotfabrik zur Herstellung von Batterien zu finanzieren. Der Bau ist zu 90% abgeschlossen und die Vergabe des Bauauftrags für neue Anlagen zur Gewinnung von Karbonat und Kaliumchlorid ist bereits im Gange. Die zweite Phase des Projekts ist für 2013 geplant und konzentriert sich auf die Verbesserung des Abbaus von Magnesium, Bor und Sulfat sowie die

Entwicklung von Technologien zur Herstellung von Batterien. Hierfür sind 485 Millionen US Dollar eingeplant. Die jährliche Produktion soll dann bereits 30.000 Tonnen Karbonat und 700.000 Tonnen Kaliumchlorid erreichen. 2014 soll, durch eine geplante Finanzierung von 485 Millionen US Dollar, mit der kommerziellen Produktion von Batterien begonnen werden. Für diese letzte Etappe schloss die Regierung Kooperationsverträge mit Ländern wie Südkorea und China ab, um von dort finanzielle und technische Unterstützung zu erhalten.

Aktuell besteht das Projektteam aus Personal der Gerencia Nacional de Recursos Evaporiticos (GNRE) und der südkoreanischen Firma Kores & Posco. Obwohl die Kooperation noch nicht feststeht, gab es wiederholte Treffen, bei denen die möglichen Absatzmärkte für Batterien und die Leistungsfähigkeit der Anlagen diskutiert wurden. Im weiteren Verlauf sollen interessierte Firmen hinzugezogen werden, die neues Wissen und Techniken zur Fertigung von Batterien beisteuern können.

Philipp Fleischhauer

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in La Paz, Bolivien.

IMPRESSUM

Erstellt: 03.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de